

Der Kreistag des Landkreises Teltow-Fläming



Haushalts- und Finanzausschuss

Niederschrift

über die 13. öffentliche/ nicht öffentliche Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses am 01.02.2016 im Kreisausschusssaal, Am Nuthefließ 2.

Anwesend waren:

Ausschussvorsitzender

Herr Dirk Hohlfeld

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Hans-Jürgen Akuloff
Herr Dr. Ralf von der Bank
Frau Katja Grassmann
Herr Hans Kühlewind
Herr Andreas Muschinsky
Herr Matthias Stefke
Herr Michael Wolny

Vertretung für Herrn Dirk Steinhausen

Entschuldigt fehlten:

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Gertraud Rocher
Herr Dirk Steinhausen

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 20:12 Uhr

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung und Bestätigung der Tagesordnung
- 2 Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung vom 11.1.2016
- 3 Einwohnerfragestunde
- 4 Anfragen der Ausschussmitglieder
- 4.1 Nachfragen zur Antwort der Kreisverwaltung auf die Anfrage des Abg. Dr. von der Bank, Fraktion BVB/Freie Wähler, zum Haushalt/Investitionen - Prioritätenliste (5-2581/15-I/1) 5-2652/16-KT

- | | | |
|---------|---|---------------|
| 5 | Mitteilungen der Verwaltung | |
| 6 | Beschlussvorlagen | |
| 6.1 | Haushalt 2016 | |
| 6.1.1 | Haushaltssatzung 2016 | 5-2575/15-I |
| 6.1.1.1 | Austauschblätter Vorbericht Haushaltssatzung 2016 | |
| 6.1.1.2 | Aktualisierter Stellenplan des Landkreises Teltow-Fläming für das Haushaltsjahr 2016 | |
| 6.1.2 | Haushaltssicherungskonzept 2016 | 5-2576/15-I |
| 6.1.2.1 | Austauschblätter zum Haushaltssicherungskonzept 2016 | |
| 6.1.3 | Prioritätenliste der investiven Maßnahmen 2016 | 5-2581/15-I/1 |
| 6.2 | Festsetzung Kassenkredit | 5-2665/16-I |
| 6.3 | Weiterleitung der Bundesmittel an den DRK Kreisverband Fläming-Spreewald e.V. für die Sanierung des Übergangwohnheimes Anhaltstraße 31 in 14943 Luckenwalde | 5-2647/16-II |
| 6.4 | Öffentliche Dienstleistungsaufträge (öDA) über die Durchführung des übrigen öffentlichen Personennahverkehrs im Landkreis Teltow-Fläming | 5-2656/16-IV |

Nichtöffentlicher Teil

- | | | |
|-----|---|--------------|
| 7 | Beschlussvorlagen | |
| 7.1 | Betreibung des ÜWH für Asylbewerber und ausländische Flüchtlinge in 15834 Rangsdorf, Seebadallee 1b | 5-2646/16-II |

Öffentlicher Teil

TOP 1

Eröffnung der Sitzung und Bestätigung der Tagesordnung

Herr Hohlfeld begrüßt die Abgeordneten, Verwaltungsmitarbeiter, Bürgermeister- und Bürgermeisterinnen und Kämmerer der Städte und Gemeinden recht herzlich zur 13. Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses.

Den Bürgermeistern und ihren Vertretern sowie den Ausschussvorsitzenden wird Rederecht erteilt.

TOP 2

Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung vom 11.1.2016

Einwendungen gegen die Niederschrift vom 11.1.2016 liegen nicht vor.

TOP 3

Einwohnerfragestunde

Es liegen keine Fragen vor.

TOP 4

Anfragen der Ausschusmitglieder

Herr Muschinsky weist auf seine E-Mail Anfrage bezüglich des Sachstandes zum Thema Straßenverkehrsamt hin.

Hr. Dr. Fechner informiert, dass die Verwaltung aktuell an einem Konzept zur Zentralisierung des Straßenverkehrsamtes arbeitet. Es liegen derzeit noch keine neuen Informationen vor.

TOP 4.1

Nachfragen zur Antwort der Kreisverwaltung auf die Anfrage des Abg. Dr. von der Bank, Fraktion BVB/Freie Wähler, zum Haushalt/Investitionen - Prioritätenliste (5-2581/15-I/1) (5-2652/16-KT)

Die Beantwortung der Anfrage von Herrn Dr. von der Bank wurde durch die Verwaltung in der Sitzung des HFA am 11.1.2016 ausgereicht. Nachfragen gibt es nicht.

TOP 5

Mitteilungen der Verwaltung

Frau Gurske informiert über die Einladung zu einer Besprechung der Landräte am 26.2.2016. Die Verwaltung geht davon aus, dass dort die neue Flüchtlingsprognose vorgestellt wird. Dieser Tag war für die Bürgermeisterdienstberatung im Landkreis vorgesehen. Die Verwaltung schlägt vor, diese um eine Woche zu verschieben. Der Termin wird den Bürgermeistern gesondert mitgeteilt.

TOP 6

Beschlussvorlagen

TOP 6.1

Haushalt 2016

Die Diskussion der einzelnen Haushaltsdokumente erfolgt zusammengefasst unter dem Tagesordnungspunkt 6.1 – Haushalt 2016.

Herr Ferdinand erörtert die Änderungen der Eckdaten zum Haushalt 2016, welche den Abgeordneten mit den Sitzungsunterlagen bzw. vorab per E-Mail zugegangen sind.

Die Kreisverwaltung geht weiter von einer maximalen Refinanzierung der Ausgaben im Zusammenhang mit der Flüchtlingsthematik durch den Bund bzw. das Land aus.

Sollten sich die Flüchtlingszahlen nicht wie prognostiziert darstellen und es zu weniger Zuweisungen kommen als geplant, muss ggf. im 2. Halbjahr 2016 über einen Nachtragshaushalt nachgedacht werden.

Der Stellenplan wurde aktualisiert. Dies begründet sich hauptsächlich mit den zusätzlichen Aufgaben, die im Zusammenhang mit der Flüchtlingsproblematik zu bewältigen sind. Der Kassenkredit wurde reduziert und die Haushaltsunterlagen dementsprechend angepasst. Hierzu gibt es eine separate Beschlussvorlage für den Kreistag am 15.2.2016.

Von einer Neuaufstellung des Haushaltes wurde abgesehen, da u. a. die erwarteten 2.

Orientierungsdaten nicht wie üblich im Dezember eingegangen sind und sich die Ertragsnachmeldungen in einer Höhe von lediglich ca. 30.000 € bewegten. Mit den Austauschblättern zum Haushalt 2016 konnten die Sachverhalte dargestellt und die entsprechenden Aussagen getroffen werden.

Der Bereich der investiven Schlüsselzuweisungen wird es noch Änderungen geben, da durch das Kommunalinvestitionsförderungsgesetz Investitionen in voraussichtlicher Höhe von 135.000 € abgedeckt werden können. Dann würden nach dem Eigenbehalt von 10 % noch rund.120.000 € im Laufe des Jahres für Investitionen zur Verfügung stehen.

Herr von der Bank erkundigt sich, weshalb in der Prioritätenliste der investiven Maßnahmen im Bereich des Gymnasium Rangsdorf ein Ansatz von 0,00 Euro aufgeführt wird, es nun aber doch Investitionen geben soll. Woraus resultiert diese Abweichung?

Herr Dornquast erläutert, dass die Kommunalinvestitionsförderungsrichtlinie dem Landkreis erst am 30.12.2015 mit konkreten Aussagen zugegangen ist. Somit konnte der Sachverhalt in den Haushaltsunterlagen 2016 gar nicht berücksichtigt werden. Es wird innerhalb der Verwaltung zu prüfen sein, ob dies ggf. über einen Nachtragshaushalt zu regeln ist.

Herr Ferdinand ergänzt, dass im Jahr 2015 für das Gymnasium Rangsdorf 200.000 € für Planungskosten eingestellt waren, diese aber nicht ausgegeben werden konnten und im Wege der Übertragung nun für das Jahr 2016 weiter zur Verfügung stehen.

Frau Hartfelder, Vorsitzende des Jugendhilfeausschusses, teilt im Auftrag von Frau von Schrötter mit, dass der Bildungsausschuss die Haushaltsunterlagen 2016 – im Rahmen seiner Zuständigkeit - dem Kreistag zur Annahme empfohlen hat.

Der Jugendhilfeausschuss hat das Haushaltssicherungskonzept und den Haushaltsplan 2016 – jeweils für den Bereich des Jugendamtes – dem Kreistag zur Annahme empfohlen. Die Prioritätenliste betraf den Jugendhilfeausschuss nicht und wurde zur Kenntnis genommen.

Herr Wolny erkundigt sich, welche Hilfen des Bundes für 2015 mit der Zielzahl von 2400 Flüchtlingen noch nicht eingegangen sind, da die tatsächliche Flüchtlingszahl im vergangenen Jahr nur bei 1.900 lag. Wird dies als Belastung für den Haushalt 2016 berücksichtigt?

Herr Ferdinand antwortet, dass für das Jahr 2016 weiterhin mit dem Eintreffen der geplanten 2700 Flüchtlinge gerechnet wird. Der Umgang mit der Differenz zwischen den tatsächlich in 2015 eingetroffenen 1900 Flüchtlingen zu den erwarteten 2700 Flüchtlingen in 2016 bleibt noch zu klären.

Herr Barthel erkundigt sich nach den Ursachen, weshalb der Landkreis der Zielsetzung des Stellenabbaus nicht wie geplant nachkommen konnte. Er bittet um eine Übersicht der Personalkosten 2015 im Vergleich zu 2016 und wieviel die zusätzlich geschaffenen 27,5 Stellen dem Landkreis kosten.

Frau Gurske stellt die Zahlen kurz dar und verweist auf die Erläuterung der Zahlen als Anlage zur Niederschrift.

Frau Schreiber, Bürgermeisterin der Stadt Zossen, nimmt auf die Stellungnahme der Stadt Zossen vom 22.1.2016 Bezug. Sie erkundigt sich, ob alle Stellen, die bezüglich der Flüchtlingsproblematik zusätzlich geschaffen wurden, tatsächlich refinanziert werden. Sollte dies nicht der Fall sein, stellt sich die Frage, ob diese dann wirklich erforderlich sind, wenn Land und Bund diese Aufgabenerstattung nicht sehen.

Herr Ferdinand erläutert, dass die von Frau Gurske vermittelten Zahlen eine Momentaufnahme darstellen. Der Landkreis geht weiterhin in der Planung von einer 100-prozentigen Refinanzierung im Flüchtlingsbereich aus. Da wir uns erst am Anfang des Jahres befinden, muss abgewartet werden, wie sich Bund und Land weiter gegenüber den Kommunen positionieren und wie sich die Flüchtlingssituation weiter entwickeln wird.

Frau Gurske ergänzt, dass es sich im Bereich der minderjährigen unbegleiteten Flüchtlinge so verhält, dass das Land trotz Zusicherung der Finanzierung gegenwärtig nur etwa die Hälfte der Kosten trägt. Alle Kosten wurden geltend gemacht. Derzeit wird im Bereich der Jugendämter erörtert, ob ggf. gegen das Land geklagt werden wird.

Frau Schreiber bittet die Verwaltung und die Kreistagsmitglieder dafür zu sorgen, keinen überdimensionierten Stellenaufwuchs zu schaffen. Das Personal sollte flexibel je nach Flüchtlingszahlen zu steuern sein, denn sonst bleibt der Kreis auf den Kosten sitzen.

Herr Akuloff antwortet Frau Schreiber, dass es derzeit niemandem möglich ist die Entwicklungen vorherzusehen und solche Fragen zu beantworten.

Frau Gurske teilt mit, dass ein Großteil der im Zusammenhang mit den Flüchtlingen stehenden Stellen befristet ist und so in angemessener Zeit auf sinkende Fallzahlen reagiert werden kann.

Frau Grassmann erkundigt sich nach den Abweichungen des Planansatzes zu den Ist-Zahlen im Flüchtlingsbereich für das Jahr 2015.

Herr Barthel bittet in der Stellendiskussion um eine Trennung der Stellen, welche in Zusammenhang mit neuen Aufgaben stehen und denen, welche seit vielen Jahren in der Kreisverwaltung vorgehalten werden. Für diese Stellen ist laut Personalentwicklungskonzept eine Aufgabenkritik vorzunehmen, um dann schließlich zu Kennzahlen bzw. der Kostenleistungsrechnung zu kommen. Hiermit könnte eine Aussage getroffen werden, wie effizient die Standardaufgaben gelöst werden. Davon ist der Landkreis noch ein Stück entfernt.

Herr Muschinsky bittet Herr Barthel in die Regierungsfraktion mitzunehmen, dass das Land bezüglich der Flüchtlingsproblematik eine vollumfängliche Risikoabschirmung gegenüber den Landkreisen erklären sollte, sodass alle anfallenden Personalkosten - und was sich darüber hinaus als notwendig erachtet - übernommen werden. Im Bereich der Universitäten ist dies so üblich. Wenn der Bund dazu nicht in der Lage ist, fordert er das Land auf dies zu übernehmen.

Herr Ferdinand antwortet auf Frau Grassmanns Anfrage, dass bezüglich der Abweichungen der Planzahlen zu den Ist-Zahlen 2015 bisher noch keine Aussagen getroffen werden können. Großes Problem im Bereich der Flüchtlinge ist, dass mit fixen Ausgaben in den Haushalt eingegriffen wird, bspw. bei der Schaffung von Unterbringungsmöglichkeiten, die Gegenfinanzierung jedoch variabel über die Kopfpauschalen erfolgt.

Frau Schreiber spricht die neu geschaffenen Stellen im Bereich Vollstreckung und im Bereich KFZ-Zulassung an, mit denen gegen das Haushaltssicherungskonzept verstoßen wird. Auch wenn sich vor dem Bundesarbeitsgericht im Rahmen eines Vergleiches darauf geeinigt wurde, eine ehemalige Mitarbeiterin wieder einzustellen, heißt dies nicht, dass daraufhin eine zusätzliche Stelle geschaffen werden darf. Den Maßgaben aus dem Haushaltssicherungskonzept folgend, müsste man dann eine andere Stelle mit einem kw-Vermerk versehen.

Herr Ferdinand merkt dazu an, dass es sich bei den zwei zusätzlichen Stellen in der Vollstreckung um Aufgaben handelt, die der Landkreis vom Zentraldienst der Polizei übernommen hat. Diese werden zu 100 % gegenfinanziert.

Herr Igel bemängelt, dass die Entlastung des Kreishaushaltes im Wesentlichen durch die sich besser darstellenden Jahresabschlüsse als erwartet, die gestiegenen Zuwendungen und Umlagen und letzten Endes auch durch den Kauf des Kreishauses - und die damit günstigen Refinanzierungen der Kredite - zu begründen ist. Im Wesentlichen gibt es keine strukturellen Verbesserungen im Kreishaushalt.

Unklar ist, wie die Städte und Gemeinden – bei keiner wesentlichen finanziellen Besserstellung - die nun folgende Integration der Flüchtlinge schultern sollen.

Letzten Endes muss doch das Ziel sein, einen ausgeglichenen Haushalt mit einer landesweit unterdurchschnittlichen Kreisumlage zu erreichen, da der Kreis eine überdurchschnittliche Einnahmesituation hat.

Er fordert den Kreistag auf, die Nachhaltigkeitssatzung mit einer strategischen, andauernden Reduzierung der Kreisumlage fortzuschreiben.

Herr Wolter, Kämmerer der Stadt Jüterbog, erkundigt sich nach der Intention des Kreises, die Kassenfestkredite zu kündigen.

Herr Ferdinand informiert, dass der Jahresendwert der Inanspruchnahme des Kassenkredites in 2015 bei 12,1 Mio. € lag. Es gibt mittlerweile Tage, an denen die Inanspruchnahme nur bei 4 Mio. € liegt. So wurde der Kassenfestkredit von 28 Mio. € auf 10 Mio. € gesenkt und im November 2015 gekündigt. In der Tendenz kommt der Kreis mit einem Kassenfestkredit von ca. 2 Mio. € aus, das begründet sich u. a. mit den gestiegenen Mehreinnahmen des Landkreises und dem Eintreiben von hohen Außenständen.

Aufgrund der relativ langen Laufzeit dieser Kredite hat man sich entschlossen, nur noch mit einem Kontokorrent-Kassenkredit zu arbeiten. Ist eine Basis abzusehen, die nicht mehr unterschritten wird, sollen wieder Kassenfestkredite abgeschlossen werden.

Herr Wolter hat errechnet, dass bei den prognostizierten Kredithöhen für 2016, die bei durchschnittlich 9,7 Mio. € liegen, die Inanspruchnahme des Kontokorrentkredites eine Zinsbelastung von rund 195.000 € bedeuten würde. Wenn über den maximal festgelegten Gesamtbetrag ein Kassenfestkredit (Stand heute: 0,14 %) aufgenommen wird, ist die Zinsbelastung deutlich geringer. So wird mit der Abschaffung der Kassenfestkredite ein Minusgeschäft gemacht. Er bittet hier nochmals um Prüfung und weist darauf hin, dass Kassenfestkredite bereits ab einer Laufzeit von 6 Monaten abgeschlossen werden können.

Herr Ferdinand nimmt den Hinweis gerne auf.

Herr Muschinsky erklärt, dass er ab 2017 bzw. 2018 eine Hinterfragung der Prozesse erwartet und eine dementsprechende Prüfung der vorhandenen Stellen in der Verwaltung.

Frau Schreiber weist darauf hin, dass die Mehreinnahmen aus der Kreisumlage vor allem aus der erheblichen Wirtschaftskraft der Kommunen kommt, die zu zusätzlichen Steuereinnahmen führt und über die Kreisumlage dann dem Kreis zugutekommen. Seit Jahren wäre eine Senkung der Kreisumlage zur Entlastung der Kommunen möglich gewesen, wenn der Kreis sein Ausgabeverhalten – so wie im Haushaltssicherungskonzept vor 5 Jahren geplant – beibehalten hätte. Es sind im Jahr 2016

10 Mio. € Kreisumlage mehr eingegangen als vorgesehen, wovon 4,5 Mio. € als Einsparung deklariert wurden. Der Kreis sollte dringend sein Ausgabeverhalten überdenken.

Herr Stefke schlägt vor, dass der Kreistag eine Vorgabe zur Senkung der Kreisumlage für 2017 um 1 % machen könnte. Die Verwaltung müsste sich dann über die Umsetzung Gedanken machen.

Frau Gurske informiert, dass die Produkte Schritt für Schritt bezüglich der Festlegung von Kennzahlen geprüft werden. Nicht an jeder Stelle funktioniert die Kosten- und Leistungsrechnung im Öffentlichen Dienst. Dort wo Kennzahlen sinnvoll sind, werden diese auch angebracht.

In Bezug auf die Ausfinanzierung möglicher Risiken in der Flüchtlingskrise wurde den Landkreisen der deutliche Hinweis gegeben, dass hier die Kreisumlage Stellschraube ist, um mögliche Fehlleistungen zu kompensieren. Kreisliches Ziel ist es, die Auflagen aus dem Haushaltssicherungskonzept zu erfüllen. Der für 2016 geplante Überschuss von 4,5 Mio. € war nicht leicht zu erreichen und für die Folgejahre 2017 und 2018 werden die Anstrengungen noch größer sein. Der Landkreis fühlt sich der Nachhaltigkeitssatzung verpflichtet, eine Senkung der Kreisumlage wird jedoch derzeit nicht als realistisch erachtet.

Herr Muschinsky gibt zu bedenken, dass für die Einführung der KLR in der Kreisverwaltung aktuell kein Personal verfügbar ist. Die Einführung zum jetzigen Zeitpunkt würde Neueinstellungen von mehreren Mitarbeitern bedeuten und dies führt zu steigenden Personalkosten – ob das zu den erwarteten Einsparungen führt, sei dahingestellt.

Herr Igel hinterfragt Frau Gurskes Ausführungen bezüglich der Kreisumlage. Wie kann es sein, dass der Landkreis LDS 39,5 % Kreisumlage hat und Teltow-Fläming 47 %. Dann müsste LDS, mit einer vergleichbaren Struktur wie Teltow-Fläming, dieses Jahr die Kreisumlage sprunghaft auf 47 % anheben, um die Flüchtlingsarbeit zu refinanzieren.

Herr von der Bank erkundigt sich nach der Refinanzierung der Transferaufwendungen im Dezernat II. Innerhalb eines Jahres ist hier für 2016 ein Anstieg von 20 Prozent zu verzeichnen. Muss der Landkreis hier in die Vorfinanzierung gehen und ggf. das Risiko tragen oder sind die Mehraufwendungen mit Zuwendungsbescheiden hinterlegt. Sollten sich die Kostensteigerungen aus Bundesgesetzen ergeben, müsste die Anforderung an die Bundesregierung gestellt werden, hier gegenzusteuern.

Herr Ferdinand informiert, dass es bspw. im Jugendamt Produkte gibt, die von sinkenden Refinanzierungen betroffen sind. In den einzelnen Produkten muss einerseits die Refinanzierung besser dargestellt werden und auf der anderen Seite müssen ggf. die selbstgesetzten Standards bzw. die Standards des Landes oder Bundes so gestaltet werden, dass dies zu einer Verbesserung der Refinanzierungsquote führt.

Herr Barthel bittet die Kreisverwaltung um eine Liste der Aufgaben die nach Weisung erfüllt werden und nicht ausfinanziert sind. In Bezug auf die Kennzahlenbestimmung, weist er auf die Internetseite der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGSt) hin, auf welcher alle Bereiche des Dezernates II aufgerufen und aus verschiedenen Kreisen mit Vergleichen untersetzt sind.

Er informiert, dass der Wirtschaftsausschuss den Haushaltsunterlagen 2016 – im Rahmen seiner Zuständigkeit – insgesamt Zustimmung erteilt hat.

Herr Hohlfeld informiert im Auftrag von Herrn Jansen, Vorsitzender des Ausschusses für Regionalentwicklung und Bauplanung, über die Befürwortung der Haushaltsunterlagen 2016 für dessen Zuständigkeitsbereich.

TOP 6.1.

Haushaltssatzung 2016

(5-2575/15-I)

Die Vorlage 5-2575/15-I mit den Austauschblättern wird dem Kreistag zur Annahme empfohlen.

TOP 6.1.2

Haushaltssicherungskonzept 2016

(5-2576/15-I)

Die Vorlage 5-2576/15-I mit den Austauschblättern wird dem Kreistag zur Annahme empfohlen.

TOP 6.1.3

Prioritätenliste der investiven Maßnahmen 2016

(5-2581/15-I/1)

Die Vorlage 5-2581/15-I/1 wird dem Kreistag zur Annahme empfohlen.

TOP 6.2

Festsetzung Kassenkredit

(5-2665/16-I)

Herr Hohlfeld erkundigt sich, weshalb der Kassenkredit nur auf 34 Mio. € reduziert wird, da der Höchstbetrag der Kassenkredite im Jahr 2015 bei Weitem nicht so hoch war.

Herr Ferdinand bemerkt, dass es sich in diesem Jahr noch um eine vorsichtige, konservative Planung handelt. Dies ist dem Umstand geschuldet, dass es in der Vergangenheit durchaus Zeiten gab, in denen der Kassenkreditrahmen knapp war. Im nächsten Jahr ist davon auszugehen, dass es nochmals eine Reduzierung geben wird.

Die Vorlage 5-2665/16-I wird dem Kreistag zur Annahme empfohlen.

TOP 6.3

Weiterleitung der Bundesmittel an den DRK Kreisverband Fläming-Spreewald e.V. für die Sanierung des Übergangwohnheimes Anhaltstraße 31 in 14943 Luckenwalde (5-2647/16-II)

Eine Erläuterung der Vorlage wird seitens der Abgeordneten nicht gewünscht. Nachfragen zur Vorlage gibt es nicht.

Die Vorlage 5-2647/16-II wird dem Kreistag zur Annahme empfohlen.

TOP 6.4

Öffentliche Dienstleistungsaufträge (öDA) über die Durchführung des übrigen öffentlichen Personennahverkehrs im Landkreis Teltow-Fläming (5-2656/16-IV)

Herr Hohlfeld teilt mit, dass Herr Trebschuh den Antrag stellt, Herrn Dr. Günzel, Geschäftsführer der PROZIV GmbH, zum Tagesordnungspunkt 6.4 das Rederecht zu erteilen. Herr Dr. Günzel hat eine Power-Point-Präsentation vorbereitet.

Die Vorlage ist im öffentlichen Teil der Sitzung zu behandeln, die Anlagen sind jedoch nicht öffentlich.

Die Abgeordneten stimmen dem Antrag zu.

Herr Trebschuh teilt mit, dass die Präsentation im öffentlichen Teil vorgetragen werden kann, da sie ausschließlich Erläuterungen zum öffentlichen Teil der Vorlage beinhaltet.

In Vorbereitung der Vergabe der zum 31.07.2016 auslaufenden Liniengenehmigungen, wurde bereits im Nahverkehrsplan festgelegt, dass auch weiter mit der Verkehrsgesellschaft Teltow-Fläming und der Herzreisen GmbH in zwei Linienbündeln im Rahmen der Direktvergabe gearbeitet werden soll.

Zur Beratung bei der Direktvergabe und zur Ausgestaltung der öffentlichen Dienstleistungsaufträge hat der Landkreis eine beschränkte Ausschreibung vorgenommen. Den Zuschlag erhielt die Firma PROZIV GmbH aus Berlin.

Die Power-Point-Präsentation des Herrn Dr. Günzel ist der Niederschrift als Anlage beigelegt.

Die Vorlage 5-2656/16-IV wird dem Kreistag zur Annahme empfohlen.

Nichtöffentlicher Teil

Luckenwalde, den 24.02.2016

gez. _____
Hohlfeld
Der Vorsitzende

Kozák
Protokollantin